



Macht die Wohnsitzauflage für vollbeschäftigte Flüchtlinge Sinn?

Bericht: Florian Barth

Nachts halb zwei. Mohamedullah Mukthar ist auf dem Heimweg von der Arbeit. Weil an den meisten Tagen der Woche um die Zeit nichts mehr fährt, läuft er von der Dresdener Stadtgrenze bis nach Freital. Anderthalb Stunden, sieben Kilometer.

Mohamedullah Mukthar

Seit zwei Jahren arbeite ich in Dresden, wenn ich Spätschicht habe, fährt kein Zug mehr und dann muss ich nach Hause laufen nach Freital. Und ich bin ganz alleine auf der Straße, hier ist kein Mensch, keine Leute. Nur die Polizei fährt vorbei und der Krankenwagen, das ist schwierig. Ich habe auch Angst.

Der lange Weg macht Mukthar, der seit drei Jahren hier ist, zu schaffen. Wenige Stunden zuvor in einem Burger-Restaurant in der Dresdner Neustadt. Hier arbeitet Mohammadullah Mukthar seit über zwei Jahren als Küchenhilfe. Acht Stunden am Tag, 40 Stunden die Woche. Der 32-jährige ist mittlerweile unbefristet angestellt.

Mohamedullah Mukthar

Erstmal habe ich angefangen hier zu arbeiten. Ich habe hier sauber gemacht und Teller gewaschen. Ich konnte auch nicht gut deutsch sprechen. Jetzt ist es ein bisschen besser, aber noch nicht gut genug. Und dann habe ich alles gelernt und jetzt kann ich kochen, kassieren, die Bestellungen aufnehmen. Jetzt kann ich alles machen.

Inzwischen verdient er 1.300 Euro brutto. Das bedeutet: Er bekommt keine Sozialleistungen mehr. Zahlt Steuern und seine Miete selbst. Küchenchef Lars Mißbach schätzt seinen Mitarbeiter und würde ihn gerne flexibler einsetzen. Doch weil Mukthar nicht aus Freital wegziehen darf, ist das äußerst schwierig.

Lars Mißbach, Küchenchef

Die Situation ist einmal so ich müsste den Laden abends eher schließen, oder ich müsste eine andere Arbeitskraft hinstellen und andere Mitarbeiter fühlen sich natürlich benachteiligt, weil alle anderen müssen den Dienst wie es normal ist. Er darf eher gehen, wenn er nicht eher gehen darf, hat er die Möglichkeit nach Hause zu laufen oder hier am Bahnhof zu übernachten. Also das geht nicht und könnte viel leichter sein, wenn er hier die Möglichkeit bekommt nach Dresden zu ziehen.



Doch warum geht das nicht? Der Afghane ist in Deutschland nur geduldet. Der Landkreis weist ihm seinen Wohnort zu. Für ihn gilt die sogenannte Wohnsitzauflage. Die kann zwar gestrichen werden, zum Beispiel wenn ein Flüchtling seinen Lebensunterhalt selbst verdient und einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat. So wie Mukthar. Hier in diesem Haus fand er nach seiner Probezeit sogar eine Wohnung, die er hätte bezahlen können. Doch zur Unterschrift des Mietvertrages kam es nie:

Mohamedullah Mukthar

Ich habe eine Wohnung in der Nähe von meinem Arbeitsplatz gefunden. Dann hat die Vermieterin gesagt, dass ich Lohnabrechnungen für die letzten drei Monate vorlegen muss. Ich habe sie vorgelegt und die Vermieterin hat gesagt, dass mein Geld für die Wohnung ausreicht. Dann habe ich meinen Antrag an das Landratsamt geschickt und die haben gesagt ich darf nicht in diese Wohnung nach Dresden ziehen.

Mukthar stellte mehrmals einen Antrag, für die sogenannte Umverteilung nach Dresden. Dieser wurde abgelehnt. Ein Interview gibt uns die Landesdirektion nicht und teilt schriftlich mit, dass ein Arbeitsverhältnis kein Grund für eine Umverteilung sei. Nur folgende Konstellationen werden berücksichtigt:

Zitat:

**Haushaltsgemeinschaften von Ehegatten oder Lebenspartnern
Haushaltsgemeinschaften von Eltern und ihren minderjährigen Kindern
humanitäre Gründe von vergleichbarem Gewicht**

Wenn vorgenannte Konstellationen bzw. Gründe nicht vorliegen, kann eine Umverteilung nicht stattfinden.

Wir treffen Ardalannezahd Saman nach seiner Schicht im Siemens Werk Chemnitz, wo er bis vor kurzem als Zeitarbeiter beschäftigt war. Auch Saman ist nur geduldet und darf nicht umziehen. Sozialleistungen bekam auch er nicht mehr. Weil er kein Auto hat, musste er Bus und Bahn nehmen: kompliziert.

Ardalannezahd Saman

Meine Wohnung ist zu weit von hier entfernt. Mit dem Bus und der Straßenbahn muss ich drei Mal umsteigen. Und jeden Tag muss ich um vier Uhr aufstehen und ich bin jeden Tag drei oder vier Stunden unterwegs. Man könnte diese Zeit auch zu Hause nutzen um zu lernen oder auf der Arbeit bleiben und Überstunden machen.



Neben dem langen Arbeitsweg machte Saman auch noch etwas anderes zu schaffen. Er zeigt uns Bilder von der Einraumwohnung, die er sich elf Monate mit einem Landsmann teilen musste. Nachts konnte er nicht schlafen. Sein Mitbewohner war arbeitslos und hatte kein Verständnis für den Schichtarbeiter. Hilfe suchte der Iraner bei Dave Schmidtke vom Chemnitzer Flüchtlingsrat. Doch obwohl Saman bis zu 2.900 Euro brutto verdient, sieht er kaum noch eine Chance darauf, dass die Wohnsitzauflage gestrichen wird.

Dave Schmidtke, Flüchtlingsrat Chemnitz

Nach 2016. Nach dem Fall Jaber Al-Bakr die Person die versucht hat einen Anschlag vorzubereiten, werden diese allerdings nahezu zu 100 Prozent abgelehnt. Und immer wieder steht in der Begründung Paragraph 53 Asylgesetz, öffentliches Interesse. Öffentliches Interesse heißt dann einfach kurz gesagt man möchte öffentliche Gelder sparen. Das erscheint in dem Fall aber extrem paradox, extrem widersprüchlich, weil er zum Beispiel seine Wohnung selbst finanziert, der Staat ja garnichts mehr dazu schießen müsste und der Staat eigentlich Geld spart, da fragen wir uns wie das öffentliche Interesse hier als Begründung legitim sein kann.

Dresden geht einen anderen Weg. Die Sozialbürgermeisterin der Stadt Kristin Kaufmann fand mit ihren Mitarbeitern einen gesetzeskonformen Weg, damit Flüchtlinge, die ihren Lebensunterhalt nachhaltig sichern können eine eigene Wohnung mieten dürfen:

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann, Dresdner Bürgermeisterin. Die Linke

Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen oder Dresdner Sozialbürgermeisterin

Jede Entscheidung ist eine Einzelentscheidungen, ganz klar. Ich denke aber Personen, die hier Wohnraum finden Personen die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und damit für einen eigenen Lebensunterhalt sorgen können, die sollten auch die Chance haben am Ort wo sie arbeiten auch leben zu können.

Doch für Mukthar, der täglich nach Dresden pendelt, hat die Politik des Dresdner Sozialamtes keinen Einfluss. Wir treffen ihn in seiner Freitaler Wohnung. Um den langen Arbeitsweg zu vermeiden, hat Mukthar versucht, einen Job in Freital zu finden. Vergeblich.

Mohammedullah Mukthar

In Freital gibt es keine Arbeit. Ich habe nach Arbeit gesucht, aber es gibt zu wenig hier. Für Ausländer ist es schwierig.



Bis zum Oktober 2019 hat der Afghane eine gültige Arbeitsgenehmigung. Bis dahin muss er weiterhin pendeln und nach der Spätschicht unter der Woche nach Freital laufen.